

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Einleitung	1
A. Gegenstand und Fragestellung	1
B. Forschungsstand und Quellenlage	8
Erstes Kapitel: Die Entstehung der Revidierten Städteordnung	13
A. Die Auseinandersetzungen um die Kommunalreform bis zum Ende der Reformzeit: Westfälische Kommunal- und preußische Staatsverfassung	13
1. Die westfälische Kommunalverfassung als Problem des preußischen Staates	13
2. Innenminister gegen Westprovinzen: Ost-Transformation oder West-Bewahrung	17
3. Hardenbergs Eingreifen von 1818 in den Westprovinzen	22
4. Vinckes Standpunkt zur Kommunalverfassung: Synthese zwischen rheinbündischen und preußischen Prinzipien	24
5. Das Scheitern der gesamtstaatlichen Kommunalreform	28
B. Die Neufassung des Gesetzes	34
1. Die Provinzialstände als neuer Faktor in den Auseinandersetzungen	34
2. Zentraler Regelungsvorrang und restriktive Revisionsziele	40
3. Die 6. Proposition an die westfälischen Provinzialstände: Angebot einer einheitlichen Gemeindeverfassung	47
4. Der erste westfälische Provinziallandtag von 1826: Regionales Bewußtsein und ständische Orientierung	54
5. Schuckmanns entscheidende Rolle: Die Erstellung der ministeriellen Gesetzesvorlage 1827/1828	63
6. Die Beratung des Gesetzentwurfs im Staatsrat von 1828 bis 1831	82
7. Vinckes Selbstverwaltungsvorstellungen	89
8. Die Revidierte Städteordnung vom 17. März 1831: Eine Zusammenfassung	95
Zweites Kapitel: Die Frage der Einführung der Revidierten Städteordnung in der Provinz Westfalen	99
A. Die Beschränkung der Einführung auf die neu- und wiedergewonnenen Gebiete	99
B. Die westliche Landgemeindeordnung und die Frage einer einheitlichen westfälischen Kommunalverfassung	106
C. Das Angebot an die Provinz: Steinsche oder Revidierte Städteordnung?	112

1. Vinckes Eintreten für die Revidierte Städteordnung als verkappte Einheitsverfassung	112
2. Das Votum der städtischen Abgeordneten vom 17. April 1831 für die Steinsche Städteordnung	114
D. Grundsatzdiskussion im Staatsministerium: Eine oder zwei westliche Gemeindeordnungen?	118
E. Einzelne Einführungen der Revidierten Städteordnung	126
F. Vinckes Stellungnahme gegen ein Entscheidungsrecht der Städte	129
G. Die Entscheidung für die Einführung der Revidierten Städteordnung in Westfalen	131
1. Die Vorgaben der Zentrale	131
2. Die Verhandlungen des vierten westfälischen Provinziallandtags von 1833	136
3. Die Entscheidung für Westfalen: Revidierte Städteordnung und verheißene Landgemeindeordnung	142
H. Einführungsnormen und -verfahren: Die Konfrontation der westfälischen Städte mit der Revidierten Städteordnung	144
1. Zentrale Normen und Direktiven der Einführung	144
2. Das Vorgehen des Oberpräsidenten Vincke	150
3. Die Konfrontation der Städte mit der Kommunalreform	154
I. Zusammenfassung	156
Drittes Kapitel: Die Rezeption der Kommunalreform in den kurkölnischen und den märkischen Städten des Regierungsbezirks Arnberg	159
A. Das Städtewesen	159
B. Die Revidierte Städteordnung als Auslöser städtischer politischer Stellungnahmen	166
1. Städtische Selbstverwaltungswünsche vor dem Einführungsprozeß	168
2. Die Stellungnahmen der Städte in der Frage der Einführung der Revidierten Städteordnung: Vielfalt der Konfliktkonstellationen	171
C. Die Träger der städtischen politischen Artikulation	188
D. Handlungsmotive und Politikverständnis	202
1. Die Komplexität der politischen Artikulation im konkreten Konflikt	203
2. Die zwiespältige städtische Resonanz auf die Revidierte Städteordnung: Selbstverwaltungswünsche und Kapazitätsbedenken	218
3. Die finanziellen und personellen Kapazitätsargumente in den Einführungsverhandlungen	230
4. Die Erwartung der Belebung des bürgerlichen ‚Gemeinsinns‘ durch kommunale Selbstverwaltung	242
5. Die Erwartung der Verbesserung der kommunalen Haushaltsverhältnisse	248
6. Die Hoffnung auf eigene Wahl eines ortsangemessenen Bürgermeisters	256
7. Städtische Traditionen und moderne Selbstverwaltung	272
8. Altes und neues Stadtbürgerrecht	283

9. Gemeinwohl und Interessenkampf: Die Revidierte Städteordnung als Gegenstand und Forum innerstädtischer Konfliktaustragung.	305
E. Zusammenfassung	323
Viertes Kapitel: Die Umsetzung der Reform durch die Staatsbehörden.	327
A. Die Spannung zwischen Selbstverwaltung und Bürokratie als Problem . .	327
B. Die behördliche Einführungspraxis und die Entwicklung des Einführungsverfahrens	329
1. Die erste Einführungsphase	329
2. Die zweite Einführungsphase	348
3. Die Ergebnisse des Einführungsprozesses	355
C. Die behördliche Praxis im Spannungsfeld von kommunaler Autonomie und bürokratischer Steuerung	358
Resümee	385
Übersichtskarte: Der Regierungsbezirk Arnsberg 1835 - die landtagsfähigen Städte der vormaligen Territorien Grafschaft Mark und Herzogtum Westfalen.	395
Abkürzungsverzeichnis	396
Quellen und Literatur	397
A. Archivalien	397
B. Gedruckte Quellen	400
C. Literaturverzeichnis	402
Register	412
A. Personen	412
B. Orte und Regionen	416